Editorial

In seiner Rede vor dem Europaparlament am 4. April 2017 in Straßburg verwies Bundespräsident *Steinmeier* auf den Europäischen Gedanken und den Schaden, den dieser durch den Populismus nimmt. Der friedliche Interessenausgleich in demokratischen Institutionen stellt sich heutigen Demokraten als wieder zu gewinnende Herausforderung dar, und es ist deshalb notwendig, populistischen, sogenannten „alternativen" „Meinungsmilieus" zu widersprechen und nicht der „neuen Faszination des Autoritären" zu erliegen. Die Welt darf nicht in Schwarz-Weiß beschrieben werden, um manipulativ Ängste zu schüren. Rationale Aufklärung muss die Differenz zwischen Fakt und Lüge aufzeigen. Dies wird nach den Parlamentswahlerfolgen der Populisten in Deutschland, Österreich und Tschechien umso dringender.

Demokratische Selbstverteidigung kann und muss populistischen Strömungen begegnen, indem sie die Fähigkeit und Ressourcen der Einzelnen zu selbstbewusstem Handeln stärkt. Es kommt darauf an, Menschen zu ermutigen und zu befähigen, kompetent mit technischen, sozialen und kulturellen Veränderungen umzugehen. Hier geht es um die Förderung von „Ich-Stärke", dies bedeutet *innere Sicherheit* im wörtlichen Sinn – eine Sicherheit, die in der Psyche wurzelt, nicht in der Quantität von Polizeikontrollen oder Überwachungstechnik. Sie entsteht, wenn Bürgerinnen und Bürger die Erfahrung von Selbstwirksamkeit machen. Bildung und Erziehung spielen hier die Schlüsselrolle. Unser Schul- und Bildungssystem sollte darauf ausgerichtet sein, diese innere Sicherheit von Kindern und Jugendlichen durch demokratische Teilhabe und Kompetenzerfahrung zu stärken. Dies fördert das Gefühl von Zugehörigkeit und damit Loyalität und Solidarität in der pluralen Gesellschaft, ein Gegenmittel gegen aufkommenden Populismus.

Eine Gruppe von Beiträgen befasst sich grundsätzlich mit Rechtsextremismus und Populismus. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble spricht in seiner Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus von der notwendigen Selbstbeunruhigung der Demokraten angesichts der zunehmenden Verrohung, der Hasskriminalität im Internet und in den sozialen Netzwerken. Klaus Schroeder analysiert die Ursachen für den Erfolg der „Alternative für Deutschland" und erläutert die mentalen Folgen der SED-Diktatur als Grundlage für das Erstarken der populistischen Rechten in den neuen Bundesländern. Der Trierer Soziologe Roland Eckert erklärt die psychosozialen Grundmuster des Entstehens von Rechtsradikalismus, und Erhard Korn dokumentiert die bildungspolitischen Äußerungen der AfD zur Bildungspolitik – ein demokratiefeindliches *Roll back* nach rechts.

Die zweite Gruppe von Beiträgen wendet sich dem Thema aus der Perspektive von Schule und Unterricht zu. Volker Reinhardt legt dar, welche Aufgaben Schule hat, sich gegen rechtspopulistische und „postfaktische" Strömungen im Netz zu wappnen und im Unterricht dem Phänomen Rechtspopulismus zu begegnen.Wolfgang Beutel stellt fünf Schulprojekte gegen Rechtsextremismus vor, und Helmut Wehr formuliert Aspekte einer Demokratieerziehung mit Zivilcourage und eines aufklärenden Bildungsverständnisses, die ein Gegenmittel gegen populistische Meinungsmache und -verfälschung darstellen können. Kultusminister a. D. Andreas Stoch stellt seine Sicht einer bildungs- und gesellschaftspolitisch motivierten Populismus-Prävention dar.

Eva Albrecht und Johannes Baumann zeigen auf, dass der Umgang mit unerschöpflichen Informationen durch das Internet und die Idee von ständiger Erreichbarkeit bedeutende Aufgaben für die Schulen geworden sind, und entwickeln Lösungsansätze, wie mit diesen Herausforderungen umgegangen werden kann.

Prof. Dr. Volker Reinhardt — Dr. Helmut Wehr

Mitglieder des Redaktionsbeirats
zuständig für das Thema dieses Heftes

volker.reinhardt@ph-freiburg.de
doktor.helmut.wehr@gmail.com

Abstracts Lehren & Lernen 4|2018 „Rechtsextremismus und Populismus – eine Herausforderung für die politische Bildung in Schulen“

Klaus Schroeder

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in (Ost-)Deutschland – Kontinuität oder Bruch?

Am 3. Oktober 1990 verschwand zwar die DDR als Staat, aber ihre Hinterlassenschaft ging in das wiedervereinigte Deutschland ein und wirkt bis zum heutigen Tag nach. Der nachfolgende Beitrag zeigt einige Hintergründe für den Erfolg der „Alternative für Deutschland“, berichtet von ausgeprägter Ausländerfeindlichkeit in der DDR und dem dort ansteigenden Rechtsradikalismus in den 1980er-Jahren. Die Folgen der sozialen Umbrüche in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung verstärkten diese Tendenzen, besonders unter jungen Leuten, und führen zu entsprechendem Wahlverhalten.

Volker Reinhardt

Rechtspopulismus und Schule

Haben Schule und Unterricht im Kampf gegen rechtspopulistische und postfaktische Strömungen im Netz eine Chance, haben sie ihn womöglich noch gar nicht aufgenommen oder ihn bereits verloren? Der Beitrag soll Ansätze und Möglichkeiten aufzeigen, wie Schule und Unterricht dem Phänomen Rechtspopulismus begegnen können.

Wolfgang Beutel

Demokratiepädagogik gegen Populismus? Vielschichtige Projekte statt vereinfachender Deutungsmuster

Aktueller Populismus in Europa und Deutschland lässt sich in Projekten des demokratischen Handelns darin erkennen, dass sie Themen als positiv gestaltbare Herausforderungen des Gemeinwesens verstehen, in denen Vielfalt an die Stelle einfacher Erklärungsmuster tritt. Fünf Projekte des Wettbewerbs „Demokratisch Handeln“ belegen, wie Gemeinsinn als aktive kulturelle und soziale Leistung aller Mitglieder einer Gesellschaft auch in der Schule erarbeitet und gestaltet werden kann.

Helmut Wehr

Schulische Erziehung und Bildung als Populismus-Prävention

Populismus, der sich vor allem von Globalisierungsängsten geleitet sieht, ist stark mit Bildungsferne verknüpft; denn der Wesenskern populistischer Weltanschauung ist die Verleugnung der Realität. Sie beschwört eine Welt, in der es Sachzwänge, Vielfalt, Interessengegensätze, Zielkonflikte und andere Ärgernisse des politischen Alltagsgeschäfts nicht gibt. Schulische politische Bildung ist deshalb von höchster Bedeutung für eine nachhaltige Prävention gegen die trübe Mischung von Autoritarismus und Fake-News. Bildung war und ist Faktor einer demokratischen Integration. Normative Orientierungen und Stärkung von Selbstwirksamkeit sind in Schule und Unterricht projektförmig realisierbar.

Eva Albrecht, Johannes Baumann

Vom Argument zum Ranking

Der Wandel der Diskurs- und Argumentationskultur durch Social Media

Die Nutzung von Internet und sozialen Medien verändert die Wahrnehmung der Menschen und hat massiven Einfluss auf Meinungsbildung und Entscheidungssituationen. Wahrheitszuschreibung geschieht nach quantitativen (z. B. *Ranking*, Zahl der *Follower* usw.), gar kontrafaktischen und tendenziell weniger nach inhaltlichen oder sachlogischen Gesichtspunkten. Es liegt auf der Hand, dass diese Veränderungen gerade für die Arbeit in den Schulen eine große Herausforderung darstellen.

Andreas Stoch

Schule als Lernort für unsere Demokratie

Unsere Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern eine Errungenschaft, die aktiv gelebt und verteidigt werden muss. Der Blick in die deutsche Geschichte zeigt, wie ernst dieser Handlungsauftrag zu nehmen ist. Dass ein demokratisches System Wegbereiter eines totalitären Regimes werden kann, mag sich hierzulande heute niemand mehr vorstellen. Der Zulauf rechtspopulistischer Kräfte in Europa und Deutschland unterstreicht jedoch, dass sich Entwicklungen wie in der Weimarer Republik durchaus wiederholen können. Hier kann und muss die Schule, insbesondere die Gemeinschaftsschule, die demokratische Entwicklung stabilisieren und vorantreiben.

Roland Eckert

Was wissen wir über Radikalisierung?

Politische Radikalisierung ist eine tiefgreifende Veränderung der persönlichen Relevanzstrukturen, in der kulturelle, gesellschaftliche oder biografische Konflikte so interpretiert werden, dass die Identifikation mit einer kämpfenden Partei zunehmend den Sinn des Lebens bestimmt. Sie steht oft in einem Zusammenhang mit der Billigung oder der Ausübung von physischer Gewalt zu „höheren" Zwecken. Politisch motivierte Gewalt unterscheidet sich von anderen Gewalttaten zumeist dadurch, dass sie aus der Sicht der Akteure eine „altruistische" Tat ist, weil sie für einen Glauben bzw. für eine erlebte oder imaginierte Gemeinschaft begangen wird. Täter haben oft ein „gutes Gewissen" und sind mehr oder minder resistent gegenüber Sanktionen.

Erhard Korn

Rechtspopulismus und Bildungspolitik in Baden-Württemberg: das Beispiel der AfD

Im folgenden Beitrag sind Äußerungen von einigen der meinungsführenden Repräsentanten der AfD zur Bildungs- und Schulpolitik zusammengestellt. Die Zitate sind selbstentlarvend, sie bedürfen keiner Kommentierung. Sie müssen von allen Lehrerinnen und Lehrern, von Eltern und Erziehungsverantwortlichen als Wählern zur Kenntnis genommen werden. Denn die Stimme der AfD im Stuttgarter Landtag hat auch Resonanzen, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen.